

Telegraphische Depeschen.

Spanien.

Vor der Entscheidung!

Krieg oder Frieden in der Luft. — Spanien soll die Forderungen der Ver. Staaten im Wesentlichen zurückgewiesen haben. — Widersprüchliche Sensationsnachrichten. — Kommt es im letzten Augenblick zu einer Vermittlung? — Oder will Spanien nur noch mehr Zeit gewinnen? — Bald muß die Ungewißheit aufhören!

Madrid, Spanien, 1. April. (1 Uhr Nachmittags.) Nach den letzten Nachrichten hat Spanien endgültig beschlossen, keine weiteren Zugeständnisse an die Ver. Staaten zu machen.

Washington, D. C., 1. April. Ein Bericht, daß die spanische Gesandtschaft in Washington Vorlesungen treffen, Washington zu verlassen, wird von den spanischen Staatsbeamten als völlig grundlos bezeichnet.

Madrid, 1. April. Präsident McKinley's Antwort auf die Entscheidung der spanischen Regierung (die gestern Abend nach Washington geteilt wurde) wird heute zu später Stunde erwartet. Man glaubt, daß dieselbe eine endgültige sein wird.

New York, 1. April. Man erwartet hier allgemein, daß noch mehr hin und her geredet wird, ehe es zu einem tatsächlichen Vorgehen kommt. Die Friedenspartei ist noch immer im Sattel, Andeutungen, welche aus der Bundeshauptstadt nach Wall Street gelangen, lauten sehr optimistisch.

Washington, D. C., 1. April. Unmittelbar vor der heutigen Kabinettsitzung erklärte Richter Day (Stellvertretender Justizminister) gegenüber Senator Davis, dem Vorsitzenden des Senats-Ausschusses für auswärtige Beziehungen, die Aussichten auf eine friedliche Schlichtung der spanischen Frage seien entschieden besser geworden.

(Bullein.) Madrid, Spanien, 1. April. Es wird auf amtliche Autorität hin bestätigt, daß die Antwort der spanischen Regierung auf die Vorlesung der Ver. Staaten eine durchaus ungünstige ist und auf eine Verwerfung der amerikanischen Forderungen hinausläuft.

General Woodford, der amerikanische Gesandte, trifft Vorlesungen, Madrid zu verlassen.

(Bullein.) London, 1. April. Auch hier trifft die Nachricht ein, daß der amerikanische Gesandte bei der spanischen Regierung, Woodford, sich anschickt, Madrid zu verlassen.

(Bullein.) London, 1. April. Folgende Depesche aus Madrid kommt aus der allerbesten Quelle:

Der amerikanische Gesandte hat als Freund des Friedens Alles getan, was in seiner Macht stand, um ein befriedigendes Uebereinkommen zwischen Spanien und den Ver. Staaten herbeizuführen; aber während der Donnerstags Nacht haben die Dinge eine bedenkliche Wendung angenommen.

New York, 1. April. Dem „N. Y. Herald“ wird aus der Bundeshauptstadt über die Antwort Spaniens gemeldet, daß dieses zuletzt noch durch den amerikanischen Gesandten anfragen ließ, ob Spanien nach 24 Stunden länger Frist zur Ueberlegung haben könne, und ob die Ver. Staaten durchaus auf der Unabhängigkeit Cubas bestanden.

Die 24stündige Frist wurde gegeben, aber auch die zweite Frage wurde bejaht.

Neue Gerüchte über Vermittlungen durch europäische Mächte sind verbreitet, und Manche glauben noch immer, daß der Krieg in allerhester Stunde irgendwie abgewendet werden würde.

Washington, D. C., 1. April. Die amtliche Erwiderung Spaniens auf die letzten Forderungen der Ver. Staaten ist tatsächlich noch vergangene Nacht im Weißen Hause eingetroffen, wo man mit ungeheurer Spannung auf sie wartete. Ueber den Inhalt verläutet nur so viel, daß derselbe in der felle in der Hauptfrage ablehnend sei, und ferner, daß die amerikanische Regierung der spanischen eine allerletzte Frist von 24 Stunden gegeben habe.

Berlin, 1. April. Allgemein werden hier jetzt sehr lebhaft die Eventualitäten eines Krieges zwischen Spanien und den Ver. Staaten und die Haltung der europäischen Mächte zu einem solchen erörtert. Es ist besonders die Frage aufgeworfen worden, ob die persönlichen Briefe der Königin-Regentin Christine von Spanien an die europäischen Herrscher Erfolg haben könnten. Der Zar hat, wie aus sicherer Quelle verläutet, den Brief Christines noch nicht beantwortet, und man glaubt, daß er dem deutschen Beispiel folgen und sich neutral halten wird. Hier herrscht, obgleich man der Königin-Regentin mit aller persönlicher Sympathie begegnet, im Volk und auch in diplomatischen Kreisen das Gefühl vor, daß Deutschland die Sache nichts angehe, daß es sich Spaniens wegen, das sich in dem Karolinenstreit recht unfreundlich benommen hat, keinen Anlaß habe, sich zu ereifern, und

auch kein Grund vorliege, für die Ver. Staaten moralisch Partei zu ergreifen. Frankreich — sagt man weiter — sei mit spanischen Werthen überfrachtet. Und so habe von den europäischen Regierungen die französische das lebhafteste Interesse, durch Vermittlung eine spanische Katastrophe zu verhüten.

Madrid, 1. April. Jetzt heißt es wieder, gleichfalls „aus bester Quelle“, daß man zu einem Uebereinkommen zwischen Spanien und den Ver. Staaten gelangt, und beste Aussicht auf Erhaltung des Friedens sei, — wofür nicht Präsident McKinley gegen seinen Willen zu Feindseligkeiten gedrängt wird. Die spanischen Minister sollen jetzt alle an die Erhaltung des Friedens glauben.

Columbus, O., 1. April. Dem Beispiel des Staates New York folgend, hat Senator Riley auch in der Ohioer Staatslegislatur eine Vorlage eingebracht betreffs Verwilligung von einer Million Dollars für Verteidigungszwecke. Die Vorlage paßte unter Aufhebung von Geschäftsregeln die zweite Lesung und wurde an den Finanz-Ausschuß verwiesen.

Washington, D. C., 1. April. Am Schluß der Kabinettsitzung wurde heute Nachmittag dem Präsidenten folgende amtliche Erklärung abgegeben:

In dem Telegramm, welches vom amerikanischen Gesandten Woodford aus Madrid eintraf, steht dieser die Regierung der Ver. Staaten in Kenntnis, daß General Blanco die Order betreffs der „Reconcentrados“ in den westlichen Provinzen Cubas tatsächlich widerrufen habe; ferner, daß die spanische Regierung 3 Millionen Pesetas (600,000 Dollars) treuhändig zur Verfügung gestellt habe, damit die Landbevölkerung sofort und mit Erfolg zu ihren Arbeiten zurückkehren könne.

Washington, D. C., 1. April. Der Präsident bereitet eine Vorkassette vor, welche heute Nachmittag an den Kongreß geht.

Washington, D. C., 1. April. Der Senat nahm eine von Bacon eingebrachte Resolution an, die den Kriegsfeldzug am Vorkassette über die Schritte erlischt, welche zur Befestigung von Brunsowick, Ga., und anderen Gebieten des Staates Georgia gethan worden seien.

Mittell von Wisconsin reichte im Namen Milwaukee Geschäftsleute eine Petition zugunsten des Friedens ein. Mehrere Petitionen kamen von New York, Maryland und Delaware.

Quay brachte eine Resolution ein, welche den Ausschuss für auswärtige Beziehungen anweist, bis zum 5. April eine Resolution betreffs Anerkennung der Unabhängigkeit Cubas einzubringen.

Der Senat beschloß, sich nach Abschluß der heutigen Sitzung bis Montag zu verlagern, und erörterte dann noch in Erörterung den Anlauf der dänisch-norwegischen Inseln.

Washington, D. C., 1. April. Im Abgeordnetenhaus (wo gestern die Gesetze noch ziemlich heftig aufeinandergeplagt waren) beantragte Boutelle heute sofort nach der Verlesung des Protokolls, daß das Haus in Gesamt- Ausschussung die Flottenvermählungs-Vorlage weiterberate.

Man beschloß dann, den nächsten Dienstag für die Erörterung privater Ansuchen-Vorlagen zu bestimmen; daß soll dieses Abkommen seinem etwaigen Bericht vom Ausschuss für auswärtige Beziehungen im Wege stehen.

Washington, D. C., 1. April. Zu der vom Gesandten Woodford aus Madrid übermittelten Erklärung der spanischen Regierung ist noch hinzugefügt:

Die spanische Regierung will jeden ferneren Beistand von den Ver. Staaten für die Unterstützung der Bedürfnisse auf Cuba annehmen, einschließlich dem Plan, nach welchem jetzt gehandelt wird. Die Vorbereitung für einen „ehrenvollen und dauernden Frieden“ soll aber dem cubanischen Parlament überlassen werden, ohne die Zustimmung der spanischen Regierung nicht in Stande wäre, zu einem endgültigen Resultate zu gelangen. Es soll dabei ausbedungen sein, daß die Befugnisse, welche durch die Verlesung für die Zentralregierung (also für die spanische Regierung) vorbehalten sind, nicht geschmälert werden.

Da die cubanische Kammer nicht vor dem 4. Mai zusammentritt, so wollen die Spanier — ihrerseits nichts gegen eine Einstellung der Feindseligkeiten einbringen, wenn das Oberkommando der Jungfernen darum nachsuchen sollte, welchem es überlassen bleiben soll, die Dauer und Bedingungen einer solchen Einstellung der Feindseligkeiten zu bestimmen.

Diese ganze, vom Präsidenten bekannt gemachte Erklärung wirkt nur wenig Licht auf die Sachlage. Man glaubt allgemein, daß sie nur den Zweck habe, die allgemeine Aufregung noch zeitweilig zu mildern, bis der Präsident dem Kongreß offiziell erklären wird, daß die diplomatischen Verhandlungen zu Ende seien.

New York, 1. April. Die allgemeine Lage steht heute Nachmittag, wie es heißt, folgendermaßen:

Spanien hat eine ausweichende, unbestimmte und unbefriedigende Antwort gegeben, allem Anschein nach, um die Erledigung der Schwierigkeit noch länger hinzuziehen. In der neuesten

Depesche aus der Bundeshauptstadt aber wird versichert, daß sich die Administration endgültig entschlossen habe, Spanien keine Zeit mehr zu geben.

Heute Nachmittag fand abermals eine Kabinettsitzung statt. Es wird berichtet, daß die Abänderung des, jetzt zu Hampton Roads befindlichen „fliegenden Geschwaders“, zur Abfertigung von Spaniens Torpedoboot-Flotille, erörtert wurde. Diese Flotille soll am 7. April in Portorico eintreffen, wenn ihr nichts in den Weg gelegt wird.

Die Ueberfahwungen.

Mount Carmel, Ill., 1. April. In der Nähe von hier veranft ein „Shanty Boat“ im Hochwasser, und eine Familie von fünf Personen kamen dabei um. Die Namen werden noch nicht mitgeteilt.

Das Wasser in dieser Gegend weicht jetzt langsam zurück.

War eine Guts.

New York, 1. April. Die gefürchte Nachricht, daß der berühmte Bräutigam und Sportsman Steve Brodie auf der Fahrt von Chicago hierher plötzlich gestorben sei, war grundlos. Brodie befindet sich jetzt gesund und wohl hier.

Ausland.

Bismarcks 83. Geburtstag.

Der Kanzler bei verhältnismäßig guter Gesundheit.

Feierabend, 1. April. Fürst Bismarck feierte heute seinen 83. Geburtstag. Er war verhältnismäßig wohl und bei besser Laune, obwohl die Gehirnlücke noch immer nicht gelingen wollte. Wie Dr. Schweninger angemerkt, war hier die Feier eine möglichst stille.

Aus der Umgebung des Fürsten wird übrigens ein hartes Wort bekannt: „Wichtiger als alle äußerlichen Wohlthaten und Kundgebungen ist, daß die Verehrer Bismarcks sich daran richten, was er gethan, und beherzigen, was er gesagt hat.“

Gleichwohl — Depeschen strömten schon in den letzten zwei Tagen in Menge ein. Aus Wien sandte der kaiserliche Reichsminister herliche Glückwünsche mit der Bitte, die Wünsche als den Ausdruck eines herzlichen Glückwunsches der Deutschen Völkervereinigung entgegenzunehmen zu wollen.

Berlin, 1. April. Die meisten Blätter brachten schon am Vorabend von Bismarcks Geburtstag äußerst warm gehaltene Leitartikel, mit den besten Wünschen für das weitere Wohlergehen des Fürsten.

In Erfeld wurde heute ein Bismarck-Denkmal enthüllt, und in den nächsten Tagen werden noch mehrere andere Städte diesem Beispiel folgen.

Vom Reichstag.

Berlin, 1. April. Die letzten Erörterungen bei der dritten Lesung des Staats im Reichstag — eine derselben in die Osterferien ging — waren im Allgemeinen sehr lebhaft. Doch sind noch einige lebhafteste Mittheilungen zu erwähnen. Dr. Lieber überholte seine Behauptung, der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen. Der Reichstag wolle sich in den Gefängnissen, wenn er auch nicht tatsächlich Arbeit habe verrichten müssen, doch als Strohhalm einbringen lassen.

Gesetz von Sachsen-Koburg operiert.

Gotha, 1. April. Die vom Pariser „Figaro“ gemeldete Operation an Herzog Alfred von Sachsen-Koburg ist nicht von Belang. Sie betraf eine Geschwulst in der Lendengegend, die durch einen Mosquitoißt verursacht wurde, als der Herzog als englischer Prinz in Egypten war.

(Telegraphische Notizen aus der Provinz.)

Lokalbericht.

Der Zwerbles-Inquest.

Die Beweise für eine Mordthat des Frank Marlowitz sind stark.

In der Polizeistation an der Madison Strafe findet heute die amtliche Untersuchung über die Umstände statt, unter welchen der Tod des Metallpoliers John Zwerbles erfolgt ist.

Zwerbles ist am Sonntag Morgen um 1 Uhr von seiner Kolonialwirthin Frau Nellie Fisher, Nr. 1019 Milwaukee Avenue, bewußtlos in seinem Bett gefunden worden, das irgendwo in Brand gerathen war. Der Mann starb wenige Stunden darauf, ohne wieder zur Besinnung gelangt zu sein.

Anfangs nahm man an, daß Zwerbles durch eigene Unvorsichtigkeit ums Leben gekommen sei, indem er in die Bettdecke und so, einschlafend, seine Leiche unter dem Bett in Brand gesetzt hätte. Aber bald gaben Verdachtsmomente Anlaß zu einer anderen Theorie.

Zwerbles hatte einen Studentenraden, den seit Jahren mit ihm befreundeten Frank Marlowitz. Dieser Marlowitz nun hat sich am Samstag Abend spät, während es in Strömen regnete, aus dem Hofthaus entfernt. Er hat dann im Royal Hotel, 341 Milwaukee Ave., übernachtet, und man will dort eine beträchtliche Summe Geldes bei ihm gesehen haben.

Die Frau Fisher berichtet, daß Marlowitz am Samstag Abend, wie er ihr selbst gesagt hat, nur etwa \$2.00 Zwerbles, der pariser Art war, hatte, dagegen ein Vermögen von über \$100 und nannte zwei goldene Uhren sein eigen.

In dem Zimmer der beiden Männer haben sich am nächsten Morgen weder die Uhren noch das Geld vorgefunden. — Ehe Marlowitz am Samstag Abend fortlief, hatten er und Zwerbles in ihrer Stube Bier getrunken. Auf dem Boden des Bierstells hat sich nachher ein verdächtiger weißer Saft vorgefunden. Dieser ist auf Veranlassung des Coroners chemisch untersucht worden. — Die Beweise für eine Mordthat des Frank Marlowitz sind vorläufig noch nicht gerade erdrückend, werden von der Jury aber vielleicht doch für genügend gehalten werden, um den Mann daraufhin dem Kriminalgericht zu überweisen.

Rein „politisches Mord.“

Von der Anwaltsfirma Briffow, Langton & Lippe, welche die Frau Eva Kacinska in deren Prozeß gegen den Alderman Nathan W. Plote vertritt, geht der „Abendpost“ eine schriftliche Erklärung zu. Es wird darin versichert, daß die einleitenden Schritte zu dem Klageverfahren gegen den Herrn Plote gethan worden seien, ehe dieser Kandidat für die Wiederwahl zum Stadtrath-Mitglied war. Es handle sich bei der Klage nicht um ein „politisches Mord“, sondern um einen Verlust, einer Witwe zu ihrem guten Rechte zu verhelfen.

War zu schau.

Der Wechselführer George B. Van Fleet glaubte neulich besonders schau zu sein, indem er während der Verhandlung seines Prozeßes die als Beweismaterial gegen ihn vorgebrachten Wechsel in seiner Tasche verschwinden ließ, um sie nachher auf dem Abort des Gerichtshofes zu verbrennen. Nun hatten einige Geschworene aber bemerkt, wie er die Wechsel an sich nahm. Er ist deshalb ohne Weiteres schuldig befunden und auf Anordnung des Richters unterzogen nach Folter abgeschoben worden.

Reist die Sonntagsgelände der Abendpost.

Ohne Anhang.

In ihrer Wohnung Nr. 144 Larabee Strafe, ist gestern, hochbetagt, die Wittve Elizabeth Otten gestorben. Die Frau hinterläßt ein beträchtliches Vermögen, hat aber soviel man weiß keine Verwandten in Chicago gehabt, ja nicht einmal nähere Freunde oder Bekannte. Sie hatte seit Jahren ganz für sich gelebt. Die Obhut der Reiche und der von der Frau hinterlassenen Werthpapiere hat vorläufig die Polizei übernommen.

Technische Gründe.

Vor Richter Chetlain ist gestern der Prozeß gegen die Mitglieder der Firma Bid, Bloch & Joel, wegen angeblicher Verschwendung des Giffaue Mayer um \$20,000, von Neuem zur Verhandlung aufgerufen worden. Die Verteidigung beantragte, auf technische Gründe hin, die Abweisung der Anklage. Der Richter will seine Entscheidung über diesen Antrag morgen treffen.

Die letzte Ehre.

Das Leichenbegängnis des Richters Goggin.

Sämmtliche höheren Gerichte und fast alle Verwaltungs-Bureau von Cook County blieben heute anlässlich der Beerdigung von Richter Goggin geschlossen. Die Mitglieder des Richterkollegiums, die County-Kommissäre, der Staatsanwalt und seine Gehilfen, der Sheriff mit einer großen Anzahl seiner Angestellten, die Gerichtsfretäre und ihre Schreiber fanden sich um zehn Uhr in der Kathedrale zum Heiligen Namen an der Superior Str. ein und wohnten dort der kirchlichen Leichenfeier bei. Als Sargträger fungierten die Sheriffs-Gehilfen P. W. Smith, Harry Hall, T. W. Morrison, Frank Kline, Henry Spears und M. J. Murphy. Die Richter gaben dem Sarge das Ehrengeleit. — Die Beerdigung hat auf dem Calvary-Friedhof stattgefunden.

Feuer.

Durch einen schlecht isolierten elektrischen Leitungsdraht wurde heute Morgen in dem Gebäude Nr. 210—212 Kinzie Str. ein Feuer verurlicht, das Schaden im Betrage von \$1000 angerichtet hat. Das bezeichnete Gebäude wurde von folgenden Geschäftsfürmen bewohnt: Hermann C. Schmidt, Schritzen; J. Roemhild & Co., wohnhaft; J. Schenck & Co., Bank- und Bureau Möbel.

Bei einem Brande, der während der letzten Nacht in dem Wohnhause des John MacGregor, Nr. 939 S. Str., ausbrach, retteten der Hausbesitzer und Polizist James Carroll mit Lebensgefahr sechs Kampfhähne, welche MacGregor in seinem Keller hatte. Der Schaden, welcher durch das Feuer verursacht worden ist, beläuft sich auf \$700.

Ein Feuer, das während der letzten Nacht in dem Bureau der Grundbesitzerthums-Mattler & Schneider & Co., Nr. 244 W. Division Str., ausbrach, theilte sich auch dem benachbarten Wohnhause des J. A. Steinberg mit und gefährdete dessen und seiner Angehörigen Leben. Polizei-Sergeant Reagan hat die Leute mit großem Opfermuth gerettet. Der durch die Feuersbrunst verursachte Schaden wird auf \$1200 veranschlagt.

Freigeiproben.

Die Jury, vor welcher Wm. A. McCoy unter der Anklage prozessiert worden ist, den S. M. Mason aus Boone, Ia., um \$10,000 beschwindelt zu haben, hat sich gestern Abend auf ein freisprechendes Urtheil geeinigt. Nach dem vorgebrachten Beweismaterial hatte McCoy den Mason veranlaßt, \$10,000 in das Wohnhause des Importgeschäftes von Straw & McCoy zu stecken. McCoy soll, um seinen Zweck zu erreichen, dem Mason falsche Angaben über den Geschäftszustand der Firma gemacht haben, die Jury scheint aber der Ansicht gewesen zu sein, daß Mason besser hätte aufpassen müssen.

Der Mordprozeß gegen Thomas O'Brien endete gestern mit der Freisprechung des Angeklagten. Die Jury ist der Ansicht gewesen, daß der Angeklagte sich im Zustande der Nothwehr befunden hat, als er seinen Bruder erschoss.

Kurz und Ren.

* Steuereinnahmer Martin Beder von der Nordseite zahlte gestern an Schatzmeister Summel \$256,000 als Restbetrag von dem ihm für die Stadt eingetragenen Steuern.

* Edward Murphy und Edward Boyle, junge Landleute aus der Nähe von Montreal, Can., waren letzte Nacht im Union Depot Hotel an der Canal Str. nahezu erstickt. Einer von ihnen hatte achselhohe Weisse das Gas in ihrem Zimmer, nachdem er es ausgebreitet hatte, wieder angezündet.

* Der beim Neubau des Bundesgebäudes beschäftigte Arbeiter John Dring, wohnhaft Nr. 373 Desplaines Strafe, fügte gestern Nachmittag während der Arbeit von einem Gerüst herab und sog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß er dem County-Hospital überwiesen werden mußte. Sein Zustand wird nicht für lebensgefährlich gehalten.

* Charles A. Lane von Nr. 160 Kramer Strafe, der vorgestern, um sich zu tödten, eine Dosis Morphium verschluckt hatte, ist im County-Hospital an den Wirkungen des Giftes gestorben.

* Rabi Wallace übernahm heute einen gewissen James Singleton wegen Mordanklage unter hoher Bürgschaft an das Kriminalgericht. Der Angeklagte hatte am 10. März den Stephen Coffey, von Nr. 5900 Kalsted Strafe, mit dem er einer geringfügigen Veranlassung wegen in Streit gerathen war, durch einen Revolverstoß schwer verwundet.

* Der Materialwarenhändler William C. Clark, von Nr. 606 Wilton Ave., hat seine Zahlungen eingestellt und sein Vermögen an Thomas H. Lantry übertragen. Die Bestände werden mit \$1000, die Verbindlichkeiten mit \$3000 angegeben.

Mittheilung Rathschläge.

Wie die Stimmgeber der 19 — 34 Ward wählen sollten.

Politisches Allerlei.

Nachdem gestern den Lesern der „Abendpost“ an vorliegender Stelle nochmals in gedrängter Form die Liste der empfehlenswerthen Aldermenkandidaten in den ersten 17 Wards der Stadt unterbreitet worden ist, soll heute diese „Kandidaten-Neue“ zum Abschluß gebracht werden.

In der 18. Ward bewirbt sich ein schlimmer Dubel-Gardist, der Republikaner John A. Rogers, um Wiederwahl. Derselbe muß unbedingt geschlagen werden. Seine beiden Gegenkandidaten sind der Demokrat M. C. Conlon und der Volksparteiler P. J. McVean. Letzterer würde einen trefflichen Alderman abgeben.

Den eigentlichen „Dubel-König“ hat die 19. Ward aufzuweisen. Es ist der berühmte „Johnny“ Powers, der jetzt die Rechte besitzt, sich um Wiederwahl zu bewerben. Was da ein jeder einzelne, rechtlich denkende Bürger — ob Demokrat, Republikaner oder Unabhängiger — zu thun hat, liegt auf der Hand: „Nieder mit dem Schlingensiefel aller Dubler!“ sollte das Lösungswort für die Alle am Wahltag sein! Ein Sieg der ehrlichen Elemente ist möglich, wenn Mann für Mann für den Republikaner Simeon Armstrong eintritt. Derselbe ist ein recht empfehlenswerther Kandidat, der eventuell die 19. Ward im Stadtrath würdig vertreten wird.

In der 20. Ward gibt es zwei Kandidaten — den Demokraten Chas. F. Brown und den Republikaner Wm. S. Peaden. Beide haben gleiche Aussichten, gewählt zu werden.

Den Stimmgebern der 21. Ward verurlicht sich der notorische Dubler John McGinn auf seine Neue aufzudrängen. Die ganze politische Vergangenheit dieses Partei-Piraten genügt voll und um es schon heute als ein großes Unglück für die gesammte Bürgerchaft zu bezeichnen zu können, falls derselbe in Folge seines „Pulls“ und mit den ihm zur Verfügung stehenden Verthesfischen Geldmitteln nochmals gewählt werden sollte. Das darf der ehrliche Theil der Stimmgeber in jener Ward nie und nimmer zulassen. Und deshalb sollten sich alle guten Bürger zusammenkummen, um dem Unabhängigen Ernst F. Hermann ganzer Charakter voll aufzufürhür, daß er in jeder Beziehung einen rechtsschaffenden stadträthlichen Vertreter der Ward abgeben wird. Jede Stimme, die Herrn Hermann zufällt, ist für eine ehrliche Municipalverwaltung und gegen Dubel und Korruption abgegeben.

An die Wähler der 22. Ward tritt ebenfalls eine heilige Wapflicht heran. Dieselbe besteht darin, dem schlimmen Deute-Politiker John H. Colvin eine gefällige Niederlage zu bereiten. Dieser notorische Dubler hat bekanntlich schon früher dem Stadtrath angehört, und wo immer etwas zu „grabschen“ war, fehlte Colvin ganz sicher nicht. Daß die demokratische „Maschine“ den Wählern der 22. Ward einen solchen Gefellen jetzt wieder aufdrängt, verdient gründliche Abfuhr und die kann den „Machern“ zu Theil werden, wenn alle rechtlich denkenden Bürger den durchaus ehrenwerthen republikanischen Kandidaten Fred W. Upham ihre Stimmen zuwenden. Vor Allem aber sollte sich das Deuthlich um dessen Namen scharen. Sie, die Deuthlichen, haben die Entscheldung in Händen, und es wäre wirklich bedauerlich, wenn ein Colvin durch ihre Gleichgültigkeit oder durch ihren politischen Unverstand auf's neue seinen freigelegten Fingern in den Stadtrath halten würde. Das muß unter allen Umständen verhütet werden.

In der 23. Ward bewirbt sich in allererster Reihe der Demokrat T. J. O'Malley um Wiederwahl, ein Alderman, dessen amtlicher Record alles Andere, nur nicht gut ist. Er sollte gründlich geschlagen werden, was aber am Besten geschehen kann, wenn die Bürger ihre Stimmen dem Republikaner W. J. Olson zuwenden.

Die Stimmgeber der 24. Ward sind in der glücklichen Lage, einen Kandidaten unterstützen zu können, der sich im Stadtrath bereits auf's Glänzendste bewährt hat und dessen ganzer Record dafür bürgt, daß die Interessen der Ward in seinen Händen auf's Beste gehoben sind. Es ist dies der Demokrat C. M. Walter, der sich um Wiederwahl bewirbt. Seine Kandidatur kann von allen rechtlich denkenden Bürgern ohne weitere Bedenken inborsicht werden.

In der 25. Ward sollte der Republikaner Robert Griffith gewählt werden. Sein Hauptgegner, der Demokrat M. D. Serton hat seinen ganz fiedelosen amtlichen Record. Gegen die Unabhängigen E. J. Pigott und Chas. J. Felt läßt sich persönlich nichts einwenden.

In der 26. Ward gibt es für alle rechtlich denkenden Bürger nur ein Lösungswort, und das heißt „Wiederwahl“ Ald. Schläse's. Der amtliche Record dieses Stadtrathers ist selbstverständlich bedarf keiner näheren Erörterung. Er sollte mit glänzender Majorität wieder gewählt werden.

In der 27. Ward sind zwei Kandidaten im Felde: der Demokrat Silas Leachman und der Republikaner H. W. Butler. Von ihnen sollte der Letztere die Unterstützung aller Stimmgeber finden, denen es um eine gute Municipalverwaltung zu thun ist.

Alle guten Bürger der 28. Ward sollten ihre Stimmen dem Unabhängigen Chas. H. Rector zuwenden. Derselbe gehört augenblicklich noch dem Gemeinderath an und zählt zu dessen Muster-Mitgliedern. Die beiden „regulären“ Kandidaten, der Demokrat Bignone und der Republikaner Alderman haben beide einen schlechten Record aufzuweisen und müssen unbedingt geschlagen werden.

Zwei wohlbekannte Dubler, der Demokrat Mulachy und der unabhängige Demokrat Theos. Carey, suchen in der 29. Ward die Wähler auf's Neue zu betören. Jenen sollte eine gefällige Antwort zu Theil werden, und zwar durch die mit großer Majorität zu erlangende Ernählung des Republikaners Chas. F. Merlot, dessen Charakter genügend dafür bürgt, daß er ehestich seine Pflicht im Gemeinderath erfüllen wird.

Den Stimmgebern der 30. Ward wird die Wahl diesmal recht schwer gemacht. Es sind nämlich drei Kandidaten im Felde, von denen ein jeder einzelne zuverlässig und vertrauenswürdig ist. Es sind dies der Republikaner James Kinloch, der Demokrat C. J. Bond und der Volksparteiler John Staubacher. Wer immer von diesen Drei gewählt werden sollte, wird die 30. Ward würdig im Gemeinderath vertreten.

In der 31. Ward sollte der Demokrat David W. Jaffe gewählt werden. Von den Wählern der 32. Ward sollte Alderman Wm. Manor auf's Neue in den Gemeinderath entsandt werden. Derselbe hat als Stadtrath seine Pflicht dem Gemeinwohl gegenüber getreulich erfüllt und verdient deshalb auch das weitere Vertrauen seiner Mitbürger.

In der 33. Ward stehen sich der Demokrat Dr. Hugh L. Darch und der Republikaner Cyrus H. Howell gegenüber. Ersterer sollte gewählt werden. Howell verdient dagegen eine gefällige Niederlage.

Die 34. Ward hat bisher durch den Republikaner John B. Math vertreten, und zwar in durchaus zufriedenstellender Weise. Es ist somit kein Grund vorhanden, diesem das Mandat nicht nochmals anzuvertrauen.

Der reguläre Republikanische Klub der 20. Ward hat die Alderman-Kandidatur von Wm. S. Peaden inborsicht. Hierdurch hat Letzterer jetzt die einhellige Unterstützung jener Partei ausgesprochen erhalten.

Heute, Freitag, Abend finden folgende Wahlveranstaltungen statt: Demokratische in Millers Halle, Ecke North Ave. und Segwird Str.; Republikanische in Aurora-Halle, Huron Str. und Milwaukee Ave.; Horrons Halle, Harrison und Hallick; Wolers Halle, Hermitage Ave. und 38. Str.; Wendells Halle, Nr. 1500 Milwaukee Ave.; Lake Shore Hall, 630 N. Clark Str.; und in Guild Hall, Edge-water. — Unabhängige in Belen-Hall, Lincoln Ave. und Orchard Str.; Roths Hall, Cleveland Avenue und Menominee Strafe, und in Sheridan Hall, Rogers Part.

